

Fragen

für die Fragestunden der Sitzungen des Deutschen Bundestages

am Mittwoch, dem 20. April 1994

am Donnerstag, dem 21. April 1994

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Augustinowitz, Jürgen (CDU/CSU)	74	Köppe, Ingrid (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	58, 73
Bindig, Rudolf (SPD)	66, 67	Koppelin, Jürgen (F.D.P.)	1, 2
Caspers-Merk, Marion (SPD)	75, 76	Kubatschka, Horst (SPD)	20, 21
Diller, Karl (SPD)	13, 14	Dr. Kübler, Klaus (SPD)	11
Dörflinger, Werner (CDU/CSU)	50, 51	von Larcher, Detlev (SPD)	69, 70
Eich, Ludwig (SPD)	54, 55	Dr. Leonhard-Schmid, Elke (SPD)	15, 16
Erler, Gernot (SPD)	62, 63	Lowack, Ortwin (fraktionslos)	4
Dr. Feldmann, Olaf (F.D.P.)	5	Dr. Mayer, Martin (Siegertsbrunn) (CDU/CSU)	24, 25
Frankenhauser, Herbert (CDU/CSU)	36, 37	Mehl, Ulrike (SPD)	29, 30
Gallus, Georg (F.D.P.)	59, 60	Molnar, Thomas (CDU/CSU)	44, 45
Gansel, Norbert (SPD)	12, 68	Peters, Lisa (F.D.P.)	34, 35
Götz, Peter (CDU/CSU)	42, 43	Raidel, Hans (CDU/CSU)	48, 49
Harries, Klaus (CDU/CSU)	79, 80	Rau, Rolf (CDU/CSU)	38, 39
Hiller, Reinhold (Lübeck) (SPD)	31	Reuschenbach, Peter W. (SPD)	27, 28
Dr. Hitschler, Walter (F.D.P.)	40, 41	Schütz, Dietmar (SPD)	22, 23
Hollerith, Josef (CDU/CSU)	71, 72	Schulhoff, Wolfgang (CDU/CSU)	9, 10
Jäger, Claus (CDU/CSU)	3, 81	Schuster, Hans (F.D.P.)	32, 33
Dr. Jüttner, Egon (CDU/CSU)	64, 65	Sikora, Jürgen (CDU/CSU)	46, 47
Jungmann, Horst (Wittmoldt) (SPD)	77, 78	Stiegler, Ludwig (SPD)	7, 8
Dr.-Ing. Kansy, Dietmar (CDU/CSU)	52, 53	Wallow, Hans (SPD)	56, 57
Dr. Klejdzinski, Karl-Heinz (SPD)	18, 19	Wohlleben, Verena (SPD)	17
Klemmer, Siegrun (SPD)	26, 61	Würfel, Uta (F.D.P.)	6

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	Seite
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie und Senioren	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit	5
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr	6
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	7
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau	8
Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes	12
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes	13
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern	16
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz	16

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

1. Abgeordneter
Jürgen Koppelin
(F.D.P.)
Teilt die Bundesregierung die Meinung der Parlamentarischen Staatssekretärin Michaela Geiger, daß die Bundeswehr den Auftrag bekommen könnte, „wenn sich einmal eine Million Menschen aus Hunger aufmachen“, diese dann wirksam aufzuhalten?
2. Abgeordneter
Jürgen Koppelin
(F.D.P.)
Auf welche rechtlichen Grundlagen könnte sich ein solcher Einsatz der Bundeswehr, wie von der angesprochenen Parlamentarischen Staatssekretärin Michaela Geiger angesprochen, stützen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie und Senioren

3. Abgeordneter
Claus Jäger
(CDU/CSU)
Welche Maßnahmen zur Umsetzung des Leitsatzes 10 des Urteils des Bundesverfassungsgerichts zum Schutz des Lebens ungeborener Kinder vom 28. Mai 1993 beabsichtigt die Bundesregierung im Jahr 1994 noch durchzuführen, und wie steht die Bundesregierung in diesem Zusammenhang zum Vorschlag eines jährlich vom Bund zu verleihenden Lebensschutz-Preises für eine Person oder Einrichtung, die sich um den Schutz des Lebens ungeborener Kinder besondere Verdienste erworben hat?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

4. Abgeordneter
Ortwin Lowack
(fraktionslos)
Wie hoch waren die von deutschen Banken und ihren Töchtern im Ausland direkt oder über den Londoner Club in den letzten fünf Jahren abgeschriebenen Forderungen?

5. Abgeordneter
Dr. Olaf Feldmann
(F.D.P.)
- Wie steht die Bundesregierung zu der Tatsache, daß das Finanzamt Konstanz, bestätigt vom Finanzgericht Baden-Württemberg (Az.: 14 K 147/91) Umsatzsteuer auf dem Bodensee erhebt, obwohl die Bundesregierung (Schreiben vom PStS des BMI; Az.: V I 1 – 110 819/1) hinsichtlich des völkerrechtlichen Status des Bodensees weder von einer Realteilung noch einem Kondominium ausgeht und somit die hoheitsgebietliche Zuordnung des Sees ungeklärt ist, und warum beabsichtigt die Bundesregierung nicht, ihrer aus dem Grundgesetz erwachsenden Verpflichtung zur Klärung dieses Widerspruchs nachzukommen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft

6. Abgeordnete
Uta Würfel
(F.D.P.)
- Führt das im Vertrag von Maastricht verankerte Subsidiaritätsprinzip dazu, daß bereits rechtskräftige EG-Richtlinien nicht in deutsches Recht umgesetzt werden müssen, wenn diese den deutschen Interessen zuwiderlaufen?
7. Abgeordneter
Ludwig Stiegler
(SPD)
- Ist die Bundesregierung bereit, die Richtlinien für die Existenzgründung so zu interpretieren oder zu ändern, daß Übernahmen von Unternehmen im Rahmen eines Management-Buy-Outs von mehr als nur vier oder fünf Mitarbeitern erfolgen können, und bis wann ist mit entsprechenden Regelungen zu rechnen?
8. Abgeordneter
Ludwig Stiegler
(SPD)
- Ist die Bundesregierung gegebenenfalls bereit, ergänzende Richtlinien zur Existenzgründung für Gruppen von Mitarbeitern zu schaffen, die im Wege des Management-Buy-Outs Unternehmen in eigener Regie weiterführen wollen?
9. Abgeordneter
Wolfgang Schulhoff
(CDU/CSU)
- Wie wird die Bundesregierung das Ergebnis von Marrakesch zur Problematik „Bananenmarktordnung“ EG-rechtlich weiterbehandeln?
10. Abgeordneter
Wolfgang Schulhoff
(CDU/CSU)
- Wird die Bundesregierung die rechtliche Umsetzung der Bananenvereinbarung (Bananenmarktordnung) im Rahmen der GATT-Runde ablehnen?

- | | |
|--|--|
| 11. Abgeordneter
Dr. Klaus
Kübler
(SPD) | Wie und mit welchem Ergebnis hat sich die Bundesregierung bei den GATT-Verhandlungen für die Aufnahme der ILO-Vereinbarung über Kinder- und Zwangsarbeit eingesetzt? |
| 12. Abgeordneter
Norbert
Gansel
(SPD) | Wird die Bundesregierung den anstehenden Export von 300 000 Sprengkörpern für Artilleriegranaten der Firma Eurometall in die Türkei genehmigen, nachdem sie die Exportgenehmigung für die Artilleriegranaten selbst widerrufen, den Export der ganzen Munitionsfabrik dagegen genehmigt hat? |

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit

- | | |
|---|--|
| 13. Abgeordneter
Karl
Diller
(SPD) | Welche Erkenntnisse liegen den Gesundheitsbehörden des Bundes und des Landes über die in den letzten Monaten im Raum Trier zu verzeichnenden drei Todesfälle infolge der Creutzfeldt-Jacob-Krankheit vor? |
| 14. Abgeordneter
Karl
Diller
(SPD) | Welche Schlüsse zieht daraus die Bundesregierung? |
| 15. Abgeordnete
Dr. Elke
Leonhard-Schmid
(SPD) | Mit welchen Argumenten widerspricht die Bundesregierung Forderungen nach einem temporären Importverbot für Rindfleisch vor dem Hintergrund, daß weder das Bundesgesundheitsamt einen Zusammenhang zwischen BSE und der Creutzfeldt-Jacob-Krankheit noch das Robert-Koch-Institut/Berlin eine BSE-Kontamination von Rinder-Muskelfleisch mit hundertprozentiger Sicherheit ausschließen kann? |
| 16. Abgeordnete
Dr. Elke
Leonhard-Schmid
(SPD) | Warum hat es die Bundesregierung versäumt, zeitgleich mit Frankreich ein Verbot für die Verwendung von Rinderorganen und von aus Großbritannien stammendem Rindfleisch für die Herstellung von Säuglings- und Kleinkindernahrung zu erlassen, und kann die Bundesregierung ein Infektionsrisiko durch Babynahrung mit vollständiger Sicherheit ausschließen? |

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr

17. Abgeordnete
Verena Wohlleben
(SPD)
- Hat die Bundesregierung aufgrund des schweren Schulbusunfalls in Lage im Februar dieses Jahres Gespräche mit dem Ziel in der EU aufgenommen, eine Anschnallpflicht in Schulbussen und eine europaweite Regelung über die Ausstattung von Schulbussen zu normieren, und wenn ja, mit welchen Ergebnissen?
18. Abgeordneter
Dr. Karl-Heinz Klejdzinski
(SPD)
- Ausgehend davon, daß die Bergung von Kampfstoffmunition aus der Ostsee erhebliche Probleme sowohl bei der Bergung selber, als auch beim Abtransport und bei der Entsorgung aufwirft – wobei durch die arsenhaltigen Kampfstoffe eine nicht einzuschätzende Gefahr für unsere Umwelt vorliegt –, frage ich die Bundesregierung, welche Schlüsse sie aus den Arbeitsergebnissen der Arbeitsgruppe (CHEMUN) Helsinki-Kommission zieht, die Anfang 1994 vorzulegen waren?
19. Abgeordneter
Dr. Karl-Heinz Klejdzinski
(SPD)
- Da nach Vorliegen der Arbeitsergebnisse eine erneute Bewertung des Gefahrenpotentials beabsichtigt und notwendig ist, frage ich die Bundesregierung, ob sie meine Auffassung teilt, daß die Beseitigung der Kampfstoffe dringend Aktivitäten erfordert und nicht dem Zahn der Zeit überlassen werden sollte, bis die chemische Zeitbombe explodiert, so daß es wichtig ist, notfalls gemeinsam mit der Europäischen Union diese gefährlichen Altlasten umweltfreundlich zu entsorgen?
20. Abgeordneter
Horst Kubatschka
(SPD)
- Wie ist der derzeitige Stand beim geplanten Verkauf der Regionalbus Ostbayern GmbH (RBO)?
21. Abgeordneter
Horst Kubatschka
(SPD)
- Liegt der von der Bundesregierung in ihrer Antwort auf meine Frage 89 in Drucksache 12/7116 zur geplanten Veräußerung der Bundesanteile an der Rhein-Main-Donau (RMD) AG angeführte Markttest der M. M. Warburg Bank Hamburg sowie Angebote möglicher Interessenten zwischenzeitlich vor, und wurden von der M. M. Warburg Bank auch Kommunen zur Abgabe von Angeboten aufgefordert?

22. Abgeordneter
Dietmar Schütz
(SPD)
- Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung über die Entsorgungspraxis der Chemietanker auf dem Rhein in bezug auf Frachtreste, Mineralöle und Säuren und über die unzureichenden Kontrollmöglichkeiten der Wasserschutzpolizei und zuständigen Behörden?
23. Abgeordneter
Dietmar Schütz
(SPD)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Entsorgungsmöglichkeiten der Chemietanker auf dem Rhein und auf den übrigen Bundeswasserstraßen in bezug auf Chemiekalienreste und verschmutztes Abwasser (Bilgenwasser), und wie müßten die einzelnen Rechtsvorschriften verbessert werden, um Wasserverschmutzung durch Schiffsabwasser und Abfälle ohne Ermessensspielräume zu verbieten?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt,
Naturschutz und Reaktorsicherheit**

24. Abgeordneter
Dr. Martin Mayer
(Siegertsbrunn)
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung bereit, bei der Umsetzung der „Europäischen Verordnung über die freiwillige Beteiligung gewerblicher Unternehmen an einem Gemeinschaftssystem für das Umweltmanagement und die Umweltbetriebsprüfung“ vom 29. Juni 1993 dem vom Deutschen Industrie- und Handelstag dem Bundesverband der Deutschen Industrie entwickelten Modell, das dem Prinzip der Selbstverwaltung Rechnung trägt, zu folgen?
25. Abgeordneter
Dr. Martin Mayer
(Siegertsbrunn)
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung außerdem bereit, das geltende Umweltrecht zu durchforsten, um den erfolgreich am Audit-System beteiligten Unternehmen im Gegenzug entsprechende Entlastungen im Ordnungsrecht zu geben?
26. Abgeordnete
Siegrun Klemmer
(SPD)
- Inwieweit unterstützt die Bundesregierung die Forderung der USA, die beiden noch in Betrieb befindlichen Reaktoren des Atomkraftwerks Tschernobyl abzuschalten, und zu welchem Zeitpunkt ist nach Einschätzung der Bundesregierung an die Umsetzung dieser Forderung zu denken?

27. Abgeordneter
**Peter W.
Reuschenbach**
(SPD)
- Welche Gründe sind dafür maßgebend, daß die Bundesregierung weder aufgrund des ersten Expertenberichtes (September 1993) noch des nachfolgenden THW-Berichtes (3. März 1994) über aus Deutschland nach Albanien verbrachter rd. 800 t unbrauchbarer bzw. umweltgefährdender Pflanzenschutzmittel konkrete Handlungsmaßnahmen ergriffen hat?
28. Abgeordneter
**Peter W.
Reuschenbach**
(SPD)
- Wann und in welchem Umfang wird die Bundesregierung diese Pflanzenschutzmittel aus Albanien zurückholen?
29. Abgeordnete
**Ulrike
Mehl**
(SPD)
- Welche Länder aus dem Bereich der EG, der Bundesländer und Gebietskörperschaften der Bundesrepublik Deutschland lieferten im Jahr 1993 Abfälle zur Deponie Schönberg, und um welche Abfallarten und Abfallmengen handelte es sich hierbei?
30. Abgeordnete
**Ulrike
Mehl**
(SPD)
- Welche Folgerungen zieht die Bundesregierung aus den gutachterlichen Feststellungen des Hydrogeologen Adag Pekdeger von der FU Berlin, der hinsichtlich des aus DDR-Zeiten stammenden Altteils der Deponie Ihlenberg festgestellt hat, daß dieser hinsichtlich der Einlagerung von toxischen Stoffen, die dort in überhöhten Konzentrationen auftreten, nicht den heutigen Vorschriften entspricht?
31. Abgeordneter
**Reinhold
Hiller
(Lübeck)**
(SPD)
- Wie beurteilt die Bundesregierung Befürchtungen, daß das Land Mecklenburg-Vorpommern die laufenden Untersuchungen zur Gewährleistung der Sicherheit des laufenden Betriebes der Deponie Ihlenberg (Schönberg) wegen der stark erneuerungsbedürftigen und in einem miserablen Zustand befindlichen Grundwassermeßstellen aufgrund der ungünstigen Verträge mit dem Betreiber und der chronischen Finanzknappheit des Landes Mecklenburg-Vorpommern nicht erfüllen kann, und sieht sich die Bundesregierung ggf. in der Lage, finanzielle Unterstützung zur Abwendung drohender Gefahren bereitzustellen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

32. Abgeordneter
**Hans
Schuster**
(F.D.P.)
- Kann die Bundesregierung darüber berichten, wieweit und wie die Länder den Appell des Deutschen Bundestages bei der Verabschiedung des Investitionserleichterungs- und Wohnbauland-

gesetzes bereits umgesetzt haben, die Gemeinden bei der Ausweisung von Wohnbauflächen auch über ihre Landes- und Regionalplanung zu unterstützen?

33. Abgeordneter
**Hans
Schuster**
(F.D.P.)

Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse vor, ob der Wegfall der Anzeigepflicht der Gemeinden gegenüber den höheren Verwaltungsbehörden bei bestimmten Bebauungsplänen zur Deckung dringenden Wohnbedarfs (§ 2 Abs. 6 BauGB-MaßnahmenG) bereits zur Beschleunigung bei der Aufstellung von Bebauungsplänen geführt hat?

34. Abgeordnete
**Lisa
Peters**
(F.D.P.)

Wie schätzt die Bundesregierung die Beschleunigungseffekte ein, die durch die Einbeziehung der naturschutzrechtlichen Eingriffsregelung in das Bauleitplanverfahren aufgrund des Investitions- erleichterungs- und Wohnbaulandgesetzes erzielt werden können?

35. Abgeordnete
**Lisa
Peters**
(F.D.P.)

Welche Länder haben von der im Investitions- erleichterungs- und Wohnbaulandgesetz eingeräumten Möglichkeit Gebrauch gemacht, abweichende gesetzliche Regelungen zur Ausgleichs- abgabenerhebung zu erlassen?

36. Abgeordneter
**Herbert
Frankenhauser**
(CDU/CSU)

Liegen der Bundesregierung hinsichtlich des Wohnbaulandgesetzes Erkenntnisse vor, wieweit die Rechtsauffassung vertreten wird, Eingriffe in Natur und Landschaft, die aufgrund der Aufstellung von Bauleitplänen zu erwarten sind, seien durch entsprechende Darstellungen oder Festsetzungen im Plan in jedem Fall vollständig zu kompensieren?

37. Abgeordneter
**Herbert
Frankenhauser**
(CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß die Festsetzungen für Ausgleichs- oder Ersatzmaßnahmen in einem in sich geschlossenen, einheitlichen Bebauungsplangebiet vorgenommen werden müssen, und welche Risiken gehen Gemeinden ein, die die Festsetzungen auf Grundstücksflächen außerhalb eines in sich geschlossenen Bebauungsgebietes vornehmen?

38. Abgeordneter
**Rolf
Rau**
(CDU/CSU)

In welchem Maße wird das mit dem Investitions- erleichterungs- und Wohnbaulandgesetz auf die westlichen Bundesländer ausgedehnte Instrument des Vorhaben- und Erschließungsplanes von den Gemeinden und Investoren angenommen?

39. Abgeordneter
**Rolf
Rau**
(CDU/CSU)
- Wie steht die Bundesregierung in diesem Zusammenhang zu der Behauptung, der Vorhaben- und Erschließungsplan stoße „in den östlichen Bundesländern in zunehmendem Umfang auf Kritik“ (Prof. Kniep in der Zeitschrift „Deutsche Wohnungswirtschaft“ 2/1994, S. 4)?
40. Abgeordneter
**Dr. Walter
Hitschler**
(F.D.P.)
- Sieht die Bundesregierung eine Notwendigkeit, das Bewertungsprivileg des § 169 Abs. 4 des Baugesetzbuches (BauGB) für land- und forstwirtschaftlich genutzte Grundstücke materiell auszuweiten?
41. Abgeordneter
**Dr. Walter
Hitschler**
(F.D.P.)
- Sieht die Bundesregierung weitere Möglichkeiten, die aus einer städtebaulichen Entwicklungsmaßnahme resultierenden nachteiligen Auswirkungen auf die persönlichen Lebensumstände betroffener Land- oder Forstwirte abzumildern?
42. Abgeordneter
**Peter
Götz**
(CDU/CSU)
- Nachdem die städtebauliche Entwicklungsmaßnahme nach den §§ 165 ff. des Baugesetzbuches als ein effizientes Instrument zur Baulandbereitstellung gilt, frage ich, hält die Bundesregierung die Möglichkeiten der Mitwirkung für die betroffenen Eigentümer für ausreichend?
43. Abgeordneter
**Peter
Götz**
(CDU/CSU)
- Welche Bedeutung hat bei Anwendung der städtebaulichen Entwicklungsmaßnahme die Vorschrift des § 169 Abs. 4 Baugesetzbuch (BauGB), nach der für Eigentümer land- und forstwirtschaftlich genutzter Grundstücke als Mindestentschädigung der außerlandwirtschaftliche Verkehrswert im Sinne von § 4 Abs. 1 Nr. 2 der Wertermittlungsverordnung zu zahlen ist, und sind der Bundesregierung Fälle bekannt, in denen diese Vorschrift zur Anwendung gekommen ist?
44. Abgeordneter
**Thomas
Molnar**
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung in diesem Zusammenhang die unter anderem vom Deutschen Städtetag geäußerte Befürchtung (u. a. im „Handelsblatt“ vom 21. Februar 1994: „Städtetag warnt die Bauherren vor den Gefahren des ‚Bauens auf eigenes Risiko‘ “), der teilweise Abbau der Bauaufsicht durch öffentliche Behörden erhöhe unter dem Strich das rechtliche Risiko der Bauherren und werde für ihn zudem teurer?

45. Abgeordneter
Thomas Molnar
(CDU/CSU)
- Wann wird die von der Bundesregierung eingesetzte Expertenkommission zur Kostensenkung beim Bauen ihre Vorschläge vorlegen, und wie sollen die insbesondere auch zur Überprüfung und zum Abbau von technischen Anforderungen im Bauordnungsrecht zu erwartenden Anregungen in die Länderzuständigkeiten eingebracht werden?
46. Abgeordneter
Jürgen Sikora
(CDU/CSU)
- In welchem Maße haben die Länder dem Appell des Deutschen Bundestages entsprochen, den Wirkungskreis des Investitionserleichterungs- und Wohnbaulandgesetzes durch Überprüfung der Landesbauordnungen mit dem Ziel der Vereinfachung und Beschleunigung des bauaufsichtlichen Verfahrens und der Reduzierung fachrechtlicher Anforderungsbereiche und Normen zu flankieren?
47. Abgeordneter
Jürgen Sikora
(CDU/CSU)
- Kann die Bundesregierung Befürchtungen bestätigen, das nachdem eine Einigung in der ARGE-BAU über ein bundeseinheitliches Reformmodell für die Freistellung bestimmter Bauvorhaben von der Genehmigung durch öffentliche Behörden nicht zu erzielen war, inzwischen eine chaotische Rechtszerplitterung von Bundesland zu Bundesland droht, und hält die Bundesregierung eine solche Entwicklung hin zur „Kleinstaaterei“ (vgl. Wirtschaftswoche vom 14. Januar 1994) für vertretbar?
48. Abgeordneter
Hans Raidel
(CDU/CSU)
- Liegen der Bundesregierung Kenntnisse darüber vor, in welchem Umfang die Kommunen den zugunsten des nachträglichen Dachgeschoßausbaus eingeräumten Entscheidungsspielraum beim Investitionserleichterungs- und Wohnbaulandgesetz ausnutzen?
49. Abgeordneter
Hans Raidel
(CDU/CSU)
- Ist der im Mustereinführungserlaß der ARGEBAU gegebene Hinweis zur zulässigen Überschreitung der Geschoßfläche als „kein atypischer Sachverhalt“, der sich „nicht auf Einzelfälle beschränkt“, dahin gehend zu verstehen, daß dies auch auf Neubaugebiete zutrifft, und in welchem Maße haben die Länder dem Appell des Deutschen Bundestages entsprochen, die wirtschaftlichen Voraussetzungen für einen nachträglichen Dachgeschoßausbau durch Abbau überzogener landesrechtlicher Anforderungen, etwa bei Stellplatz- und Aufzugsnachweis, Mindesthöhe- und Brandschutzforderungen, zu verbessern?

- | | |
|--|---|
| 50. Abgeordneter
Werner Dörflinger
(CDU/CSU) | Welche Gründe sind nach Auffassung der Bundesregierung für die offensichtlich schleppende Umsetzung des Investitionserleichterungs- und Wohnbaulandgesetzes durch einige Länder maßgebend gewesen, und sieht die Bundesregierung dadurch einen bundeseinheitlichen Verwaltungsvollzug des Investitionserleichterungs- und Wohnbaulandgesetzes gefährdet? |
| 51. Abgeordneter
Werner Dörflinger
(CDU/CSU) | Hat die Bundesregierung Kenntnisse darüber, ob und welche Länder bei der Veröffentlichung von dem Text des Mustereinführungserlasses der ARGEBAU abgewichen sind oder vorhaben, dies zu tun? |
| 52. Abgeordneter
Dr.-Ing. Dietmar Kansy
(CDU/CSU) | Wie beurteilt die Bundesregierung die in dem am 1. Mai 1991 in Kraft getretenen Investitionserleichterungs- und Wohnbaulandgesetz geschaffenen baurechtlichen Möglichkeiten zur Erleichterung und Beschleunigung von Investitionen, insbesondere auch durch bedarfsgerechte Ausweisung und Mobilisierung von Bauland, vor dem Hintergrund der zwischenzeitlich boomenden Bautätigkeit und mittelfristiger Prognosen zur Deckung des dringenden Wohnbedarfs? |
| 53. Abgeordneter
Dr.-Ing. Dietmar Kansy
(CDU/CSU) | Wann wurde innerhalb der ARGEBAU eine praxisnahe Handreichung zum Verwaltungsvollzug des Gesetzes in Form von Mustereinführungserlassen erarbeitet, und wann sind diese Mustererlasse in den einzelnen Ländern veröffentlicht worden? |

Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes

- | | |
|---|--|
| 54. Abgeordneter
Ludwig Eich
(SPD) | Welche informationspolitische Zielsetzung verfolgt die Bundesregierung bei der Finanzierung des Dienstes „Medien-Kritik“ über Patenschafts-abonnements? |
| 55. Abgeordneter
Ludwig Eich
(SPD) | Welche politisch umstrittenen Themen hat der vom Bundespresseamt finanzierte Kommentardienst der Agentur „Presse-Plan“ in den letzten zwölf Monaten veröffentlicht und wie vielen Zeitungsredaktionen zum Abdruck angeboten? |

56. Abgeordneter
**Hans
Wallow**
(SPD)
- Welche für Redaktionen bestimmte Pressedienste (Name und Anschrift) und Druckvorlagen (einschließlich der Kommentar- und Hintergrunddienste) werden vom Bundespresseamt und den Ressorts direkt oder indirekt über Patenschaftsabonnements finanziell unterstützt?
57. Abgeordneter
**Hans
Wallow**
(SPD)
- Welche konkreten Themen aus dem von der Bundesregierung finanzierten Ferenczy-Feature sind in den letzten zwölf Monaten von Printmedien abgedruckt worden?
58. Abgeordnete
**Ingrid
Köppe**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie bewertet die Bundesregierung den Widerspruch zwischen den Erklärungen des Staatsministers im Bundeskanzleramt, Bernd Schmidbauer, einerseits vor dem Parlamentarischen Untersuchungsausschuß des Berliner Abgeordnetenhauses zum „Fall Mykonos“ am 17. März 1994, wonach der iranische Geheimdienstchef Fallahijan anlässlich seines Deutschland-Besuchs von der Bundesregierung eine Niederschlagung des „Mykonos“-Prozesses vor dem Kammergericht Berlin verlangt habe, und andererseits gegenüber dem Deutschen Bundestag im Oktober 1993, wonach dieser Prozeß kein Gegenstand der Gespräche mit Fallahijan gewesen sei (Stenographisches Protokoll der 186. Sitzung am 29. Oktober 1993, S. 16163 B) bzw. dessen Besuch in Deutschland nicht mit dieser Mordsache im Zusammenhang gestanden habe (Antwort auf die Frage des Abgeordneten Freimut Duve in der Fragestunde der Sitzung am 21. Oktober 1993, Stenographisches Protokoll S. 15717 C), und welches Verständnis des Staatsministers hinsichtlich seiner Verpflichtung zu wahrheitsgemäßer Unterrichtung des Deutschen Bundestages liegt diesem Vorgang nach Auffassung der Bundesregierung zugrunde?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes

59. Abgeordneter
**Georg
Gallus**
(F.D.P.)
- Wie will die Bundesregierung begründen, daß für die Christen in der Türkei aus dem Raum Ostanatolien eine Fluchtalternative besteht, insbesondere für Menschen aus ländlichen Räumen, die zu den Christen in der Resttürkei keine Beziehung haben?

60. Abgeordneter
Georg Gallus
(F.D.P.)
- Warum unternimmt die Bundesregierung nichts, um den verfolgten syrisch-orthodoxen Christen in der Türkei zu helfen bzw. bedrängten Familien die Möglichkeit zu eröffnen, auch über ein Visum zu ihren Verwandten nach Deutschland einzureisen, nachdem die Gefahr besteht, daß diese Christen zwischen der PKK und dem türkischen Militär größte Opfer hinzunehmen haben?
61. Abgeordnete
Siegrun Klemmer
(SPD)
- In welchem Umfang wird sich die Bundesregierung an der Finanzierung des ukrainischen Energiebedarfs durch die Weltbank und die großen Industrienationen beteiligen, wie es der stellvertretende US-Energieminister gefordert hat, und welche darüber hinaus zielenden Maßnahmen sind von der Bundesregierung geplant?
62. Abgeordneter
Gernot Erler
(SPD)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die kürzlich erfolgten offiziellen Aufnahmegesuche von Ungarn und Polen in die EU, und wie hat die Bundesregierung auf die Beitrittsanträge reagiert?
63. Abgeordneter
Gernot Erler
(SPD)
- Welche Möglichkeiten hat die Bundesregierung, in der Zeit ihres Ratsvorsitzes in der zweiten Hälfte des Jahres 1994, die genannten EU-Beitrittswünsche zu unterstützen, und welche konkreten Maßnahmen bereitet die Bundesregierung im Sinne einer solchen Unterstützung für die Zeit ihres Ratsvorsitzes vor?
64. Abgeordneter
Dr. Egon Jüttner
(CDU/CSU)
- In welchem Umfang und für welche Bereiche hat die Bundesrepublik Deutschland die in Rumänien lebenden Deutschen (rumänische Staatsbürger deutscher Nationalität) in den Jahren 1990 bis 1993 unterstützt?
65. Abgeordneter
Dr. Egon Jüttner
(CDU/CSU)
- Wie haben sich nach Auffassung der Bundesregierung die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Moldawien seit deren Unabhängigkeit in den Bereichen Wissenschaft, Kultur und Wirtschaft entwickelt?
66. Abgeordneter
Rudolf Bindig
(SPD)
- Ist die Bundesregierung in ihrer Türkeipolitik der Auffassung, daß ihr – der Bundesregierung – von Nichtregierungsorganisationen nachgewiesen werden muß, daß aus Deutschland geliefertes Militärmaterial von der Türkei nicht bestimmungs- und vereinbarungsgemäß – nämlich zur Bekämpfung und Verfolgung der Kurden – eingesetzt wird, oder hat die Bundesregierung auch eine eigene Verpflichtung, wenn es Hinweise eines nichtbestimmungsgemäßen Gebrauchs gibt, aktiv Ermittlungen anzustellen, statt sich einzig und allein gutgläubig auf angebliche Zusagen zu verlassen?

67. Abgeordneter
Rudolf Bindig
(SPD)
- Hat die Bundesregierung, das ihr von der Redaktion „Monitor“ zugänglich gemachte Filmmaterial über den Einsatz von aus Deutschland an die Türkei geliefertem Militärmateriale im Inland zur Bekämpfung der Kurden inzwischen ausgewertet, und welche Schlüsse wird sie aus der Auswertung dieses Materials ziehen?
68. Abgeordneter
Norbert Gansel
(SPD)
- Ist die Bundesregierung im Anschluß an meine Frage in der Fragestunde am 13. April 1994, nunmehr in der Lage, Auskunft darüber zu geben, ob sie sich durch die Entsendung eines Botschaftsangehörigen, wie z. B. des Militärattachés, in die südöstliche Türkei, vor Ort davon überzeugt hat, ob die von der Bundesregierung an die Türkei gelieferten Waffen nicht vertragswidrig eingesetzt worden sind, und wie bewertet die Bundesregierung in diesem Zusammenhang die Erkenntnisse des Bundesnachrichtendienstes?
69. Abgeordneter
Detlev von Larcher
(SPD)
- Hält es die Bundesregierung für angemessen, daß das Auswärtige Amt den Abgeordneten des Deutschen Bundestages die Lageberichte der einzelnen Länder vorenthält, während der Bezug dieser Berichte über andere Quellen jedermann möglich ist?
70. Abgeordneter
Detlev von Larcher
(SPD)
- Was sind die Gründe für diese „Geheimhaltung“ gegenüber Abgeordneten des Deutschen Bundestages bei gleichzeitiger „automatischer“ Übermittlung der Lageberichte an BMI, BMJ, Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge, die Innenminister und -senatoren der Bundesländer sowie an die mit Asyl- und Auslieferungsverfahren befaßten Gerichte?
71. Abgeordneter
Josef Hollerith
(CDU/CSU)
- Sind Medienberichte zutreffend, wonach beim Arbeitsgipfel in Detroit in diesem Jahr den ausländischen Delegationen Kosten für Telefon, Kopierer, Stuhl etc. abverlangt wurden?
72. Abgeordneter
Josef Hollerith
(CDU/CSU)
- Was gedenkt die Bundesregierung dagegen zu unternehmen, resp. wie wird sie sich in ähnlichen Fällen in Zukunft verhalten?
73. Abgeordnete
Ingrid Köppe
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Angaben kann die Bundesregierung über die Umsetzung des Ausstattungshilfe-Programms 1991 bis 1993 machen, vor allem über die Abwicklung der fünf Teilprogramme, den Mittelabfluß, die -verwendung und Erreichung der Hilfszwecke in den einzelnen Empfängerländern sowie über die politische Bilanz dieses Programms, und welche Angaben kann die Bundesregierung hinsichtlich eines etwaigen Anschlußprogramms ab 1994 über die vorgesehenen Empfängerländer, Zuwendungsbeträge sowie über den beabsichtigten Beratungsfahrplan machen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

74. Abgeordneter
Jürgen Augustinowitz
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß die PDS eine linksradikale bzw. linksextremistische Partei ist, und welche Konsequenzen zieht sie daraus?
75. Abgeordnete
Marion Caspers-Merk
(SPD)
- Sind aus Sicht der Bundesregierung rechtswirksame Formen der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit zwischen Gebietskörperschaften Deutschlands und Frankreichs, z. B. in Form von Zweckverbänden o. ä., überhaupt möglich, nachdem die französische Regierung zwar eine derartige Zusammenarbeit gestattet, auf den Abschluß eines entsprechenden Staatsvertrages aber verzichten will?
76. Abgeordnete
Marion Caspers-Merk
(SPD)
- In welcher Weise ist die Bundesregierung bereit, den jeweiligen Gebietskörperschaften im deutsch-französischen Grenzgebiet beim Abschluß von Kooperationsverträgen im Rahmen der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit zu helfen, damit das Instrument überhaupt genutzt und insbesondere eine koordinierte Raumplanung gewährleistet werden kann?
77. Abgeordneter
Horst Jungmann (Wittmoldt)
(SPD)
- Warum ist das vom Deutschen Bundestag am 2. Dezember 1993 und vom Bundesrat am 4. Februar 1994 beschlossene Sicherheitsüberprüfungsgesetz bisher noch nicht im Bundesgesetzblatt veröffentlicht und damit noch nicht in Kraft getreten?
78. Abgeordneter
Horst Jungmann (Wittmoldt)
(SPD)
- Hat die Bundesregierung die in § 35 Sicherheitsüberprüfungsgesetz vorgesehenen Allgemeinen Verwaltungsvorschriften bereits beschlossen, und wenn nein, warum nicht?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz

79. Abgeordneter
Klaus Harries
(CDU/CSU)
- Sieht die Bundesregierung, nachdem die Dialogverhandlungen zu den Seerechtsvereinbarungen bei den Vereinten Nationen über eine Änderung des Abschnitts 11 Übereinstimmung erzielt haben sollen, die Voraussetzung für die Einleitung des Ratifizierungsverfahrens im Deutschen Bundestag als gegeben an?

80. Abgeordneter
**Klaus
Harries**
(CDU/CSU)
- Sieht die Bundesregierung wegen des in New York bei den Vereinten Nationen erzielten Verhandlungsergebnisses den Standort des Internationalen Seegerichtshofs in Hamburg bereits jetzt als gesichert an?
81. Abgeordneter
**Claus
Jäger**
(CDU/CSU)
- Wie viele Häftlinge (absolute Zahl und Vomhundertsatz) der ehemaligen DDR-Zuchthäuser, die dort wegen politischer Straftaten in rechtsstaatswidriger Weise eingekerkert waren, haben inzwischen Haftentschädigung nach dem Ersten SED-Unrechtsbereinigungsgesetz erhalten, und wie viele Anträge auf Haftentschädigung sind noch nicht abschließend bearbeitet?

Bonn, den 15. April 1994

